Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

DE GAULLES SCHWIERIGER WEG IN ALGERIEN

Im *Plebiszit* vom 8. Januar ist Präsident de Gaulle mit großer Mehrheit das Vertrauen für seine Algerienpolitik ausgesprochen worden. Von insgesamt 32,5 Millionen Stimmberechtigten gaben 17,447 Millionen ein Ja, 5,917 Millionen ein Nein ab. In Algerien fanden sich von 4,4 Millionen Stimmberechtigten 2,63 Millionen an den Urnen ein. 1,747 Millionen stimmten Ja, 782 000 Nein — nur knapp 40 Prozent der Stimmberechtigten unterstützten also die Pläne de Gaulles. Die Boykottparole des FLN war in den algerischen Städten weitgehend befolgt worden, während in den ländlichen Gegenden die Mohammedaner, unter Geleit und Kontrolle der französischen Truppen, ihre Stimme abgaben.

General de Gaulle ist nach dem Mißerfolg der Nationalisten in Frankreich nun ermächtigt, den doppelten Weg seiner Algerienpolitik weiter zu verfolgen, die auch heute noch hinter einem Nebelvorhang vager Erklärungen und Mutmaßungen verborgen ist. Einerseits soll in einem *Reformprogramm* allmählich die Errichtung *neuer algerischer Behörden* an die Hand genommen werden; anderseits bereitet sich eine neue Fühlungnahme mit der *algerischen Exilregierung* in Tunis vor. Um künftige Verhandlungen nicht zu präjudizieren, soll auch der Aufbau neuer Institutionen in Algerien, an denen der FLN ja nicht beteiligt wäre, vorsichtig und sachte an die Hand genommen werden. Am 16. Januar haben die algerischen Nationalisten die Bereitschaft zu Verhandlungen bekannt gegeben. Zwei Tage später antwortete Paris mit einer verklausulierten Zusage — man möchte keinen zweiten Rückschlag, wie nach Melun, riskieren.

Trotz des Vertrauensvotums für die Versöhnungspolitik de Gaulles und der Aussichten auf Verhandlungen haben die *blutigen Kämpfe* und *Terrorakte* in Algerien nicht aufgehört. Der Krieg, der schon mehr als sechs Jahre dauert, hat einen breiten Graben des Hasses und der Verbitterung aufgerissen. Zum ersten Male kam es im Dezember auch zu *Demonstrationen und Ausschreitungen der Mohammedaner*, die mit Hochrufen auf Ferhat Abbas und mit grünweißen FLN-Fahnen durch die europäischen Quartiere zogen. Die Zeit arbeitet für die Exilregierung, während de Gaulles Spielraum auch nach dem Referendum begrenzt ist. Er muß auf die Armee Rücksicht nehmen, die all die Jahre unter großen Opfern den blutigen Kleinkrieg in Algerien geführt hat.

Komplikationen südlich der Sahara

Algerien war in den letzten Jahren die schwerste Belastung für die Politik Frankreichs. Doch auch in Marokko und südlich der Sahara stellen sich Paris neue und heikle Probleme. *Mali*, dessen Föderation mit Senegal vor kurzem zerfallen ist, fordert von Frankreich die *Räumung der Militärstützpunkte*. Anfang Januar fand in *Casablanca* eine Konferenz statt, und zwar auf Einladung von König Mohammed V. Nasser spielte eine führende Rolle; Bourguiba dagegen, der noch immer einen maßvollen Kurs zu steuern sucht, fehlte. Die Konferenz diente nicht nur den Plänen der Neutralisten im Kongo, sondern auch der Intensivierung der antifranzösischen Aktionen in den afrikanisch-asiatischen Ländern.

Ein Abfall von Frankreich zeigt sich in der Loslösung von vier Staaten aus der Communauté. Die Republiken *Elfenbeinküste*, *Dahomey*, *Haute Volta* und *Niger*, zusammengeschlossen im «Conseil de l'Entente», entsandten den Staatschef der Elfenbeinküste, *Houphouet-Boigny*, der verschiedenen französischen Regierungen angehört hat, nach Paris, um über den Austritt der vier Staaten aus der Communauté zu verhandeln. Die «Entente» hofft, unter Führung Houphouet-Boignys eine Vermittlerrolle in Afrika spie-

len zu können, zwischen Senegal und Mali, aber auch zwischen Paris und den neuen Staaten Afrikas.

Der Auflösungsprozeß der Communauté wirkt harmlos im Vergleich mit dem *kongolesischen Chaos*, in dem sich die Fronten immer mehr verhärten. Die Anhänger Lumumbas gewinnen von Stanleyville aus, unter Führung von *Antoine Gizenga*, dem prokommunistischen früheren Vizepremierminister Lumumbas, an Terrain. Sie kontrollieren schon rund die Hälfte des Landes. Unter dem Druck dieses Vormarsches rücken Kasavubu und Tschombé enger zusammen. *Lumumba* ist aus Thysville in der Provinz Léopoldville in ein sicheres Gefängnis im Katanga übergeführt worden.

Streikfieber in Belgien

Vor Weihnachten setzten in Belgien Streiks ein, die erst in der letzten Januarwoche zu Ende gingen. Drei Menschen verloren in Demonstrationen das Leben; zahllose Sabotageakte wurden begangen, und die Gesamtschäden werden auf neun Milliarden belgischer Francs geschätzt. Ausgelöst wurde der Streik als Protestaktion von gewerkschaftlicher und sozialistischer Seite gegen die *Loi unique;* das Gesetz sieht ein Sparprogramm vor, durch das der belgische Staat endlich aus seiner Verschuldung herausgeführt würde. Doch soziale und politische Spannungen, ausgenutzt durch den radikalen Flügel der Sozialisten, hätte diese gefährliche Krise allein nicht auslösen können: die Spannung zwischen Flamen und Wallonen, wobei die letzteren sich im belgischen Staat benachteiligt fühlen, dazu die Nachwirkungen der Königskrise von 1950, vor allem aber das Malaise, der unbewältigte Rückschlag nach dem Verlust des *Kongos* trugen zu der erbitterten Auseinandersetzung bei. Unter der Regierung Eyskens, die noch immer am Ruder ist, hatte Belgien ja im letzten Frühsommer den Kongo in die Freiheit und in das Chaos entlassen.

Der Streikabbruch — sozialistische Gewerkschaften Walloniens hielten am längsten bei der Arbeitsniederlegung aus — scheint nicht ein Ergebnis staatspolitischer Einsicht, sondern der Ermüdung zu sein. Tiefe Verbitterung ist zurückgeblieben. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund droht in eine wallonische, flämische und brabantische Organisation auseinanderzufallen. Voraussichtlich werden *Neuwahlen* für das Parlament durchgeführt, die zur Reinigung der Atmosphäre beitragen mögen.

Inauguration Präsident Kennedys

Am 20. Januar ist John F. Kennedy feierlich vor dem Capitol in Washington in sein Amt eingesetzt worden. Zwei Generationen lösten sich ab, ohne Bitterkeit, denn Kennedy hat es verstanden, den Übergang von Administration zu Administration möglichst glatt zu gestalten. Er hielt eine *Inaugurationsrede*, die in ihrer Kraft, Formvollendung und Konzentration weit über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus einen starken Eindruck hinterlassen hat, nicht zuletzt, weil sie ebenso an die Bürger Amerikas wie an die Bürger der ganzen Welt gerichtet war. Kennedy rief zur Einigkeit unter den Alliierten auf. Die Abschreckungsstrategie, auf dem das Gleichgewicht der Mächte beruht, muß aufrechterhalten werden. Indem man nicht aus Furcht verhandelt, sich aber auch nicht vor Verhandlungen fürchtet, soll als erstes ein «Brückenkopf der Zusammenarbeit im Dschungel des Mißtrauens» errichtet werden. Trotz des Versuchs zum Neubeginn von Verhandlungen mit dem Osten über die Fragen der gegenseitigen Inspektion und der Rüstungskontrolle ist am nüchternen Pragmatismus der neuen Führer nicht zu zweifeln; aber der Ton der neuen Generation ist auf die *kämpferische Zuversicht* der «New Frontier» gestimmt. Ein Satz der Inauguraladresse sagt dies deutlich: «Mögen alle Völker, ob sie uns freundlich oder feindlich gesinnt sind, wissen, daß wir jeden Preis zahlen, jede Last tragen, jede Entbehrung auf uns nehmen werden, um unseren Freunden zu helfen und unseren Feinden zu widerstehen, damit die Freiheit weiter bestehe und siege» (NZZ, 21. 1., Nr. 224).

Ein erster Prüfstein der neuen Männer im Weißen Haus, im Staatsdepartement und im Pentagon wird der *Konflikt in Laos* sein,

wo wegen des Interregnums in Washington die entschiedene Führung Amerikas fehlte. Die Westmächte sind übereingekommen, einer Rekonstituierung der indisch-kanadisch-polnischen Überwachungskommission zuzustimmen. Sie soll jedoch nicht bei dem früheren neutralistischen Ministerpräsidenten Souvannah Phouma, sondern beim König akkreditiert sein. Die Dreierkommission wird ein Instrument sein, um die Möglichkeiten einer friedlichen Regelung ausfindig zu machen.

Eine Warnung Anthony Edens

Vor kurzem hat sich der frühere Premierminister Eden zur internationalen Lage geäußert und die Entwicklung seit Stalins Tod einer Prüfung unterzogen. Zur *kommunistischen Gefahr* in unseren Tagen erklärte er: «Die freien Nationen müssen sich selber davon überzeugen, daß die kommunistischen Diktaturen entschlossen sind, jeden Vorteil auszunützen, um ihre Macht zu vergrößern, und bedenkenlos auf ihr Ziel hindrängen. Dafür werden sie jedes Mittel mißbrauchen, einschließlich der Vereinigten Nationen. Die kommunistische Bedrohung ist für die bleibenden Freiheiten der freien Welt absolut. Solange der Westen dies nicht versteht und begreift, ist seine Politik wirkungslos und sein Überleben gefährdet» (Foreign Affairs, Januar 1961, S. 168). Zu den Hilfsbegehren der Diktaturen — es ist in diesem Zusammenhang von der Vereinigten Arabischen Republik Nassers und dem Indonesien Sukarnos die Rede — führt Eden aus, daß man durch den Widerstand gegen unvernünftige Wünsche an Achtung gewinne; Achtung sei ein kraftvollerer Magnet als Geld (S. 168).

Edens Warnung weckt die Erinnerung an Warnungen John Foster Dulles'. Beide aber unterscheiden sich von der Art, wie *Kennedy* in seiner Inauguralrede den Ost-West-Konflikt anfaßte: der neue Präsident vermeidet ebenso den moralisch gefärbten Antikommunismus Dulles' wie die Wünsche des im Grunde sehr pessimistisch gestimmten konservativen Engländers nach einer Glaubenserneuerung in der freien Welt. Die neue Generation Kennedys scheint von ihrem Auftrag durchdrungen; darin ist die Abwehr des kommunistischen Totalitarismus ein Element unter anderen, allerdings ein bedeutsames. Der Wille einen neuen Anfang zu machen, verbunden mit dem nüchternen Pragmatismus, bewirkt diese Reduktion des ideologischen Kampfes. Gleichzeitig spielt die Rücksicht auf die *Entwicklungsländer* eine Rolle. Kennedy führte in seiner Rede aus: «Wir erwarten nicht, daß diese neuen Staaten stets unsere Haltung unterstützen. Aber wir hegen die Hoffnung, daß sie ihre eigene Freiheit stets hochhalten und daran denken werden, daß in der Vergangenheit diejenigen, die nach Macht strebten, indem sie törichterweise auf dem Rücken des Tigers zu reiten suchten, unausweichlich im Magen des Tigers endeten» (NZZ, 21. 1., Nr. 224).

Eden nimmt in seinem Artikel auch Stellung zu praktischen Fragen der *westlichen Zusammenarbeit*. Er fordert nachdrücklich eine Koordination zwischen Großbritannien, Frankreich und den USA für die Politik in den Entwicklungsländern. Er hält eine direkte gemeinsame Kontrolle für gewisse Nuklearwaffen der Verteidigungsallianz der NATO für notwendig und trifft sich so mit den Plänen General Norstads. Diese notwendige Stärkung der Allianz wird durch die Wünsche und Ansprüche Präsident de Gaulles kompliziert und erschwert. Neben die Warner vor Desintegration und Zerfall müssen die vermittelnden Führungskräfte Washingtons treten, deren Wort in den nächsten Monaten entscheidendes Gewicht haben wird.

Picus

NEUE TÖNE ZWISCHEN BONN UND MOSKAU

Seit Jahren wurden nicht mehr so viele Aufmerksamkeiten ausgetauscht

Seit kurzem haben die deutschsprachigen Sendungen des Moskauer Rundfunks den Ton radikal geändert. In einer Sendung, die den Titel trug «Die sowjetisch-deutschen Beziehungen und die Nato», hieß es neulich, es sei ein Verhängnis für die Bundesrepublik, daß sie ausgerechnet im Schnittpunkt der strategischen Linien der beiden Militärblöcke liege, doch dürfe daraus nicht von vornherein eine Feindschaft gefolgert werden.

Solch verständnisvolle Bemerkungen haben wir seit sehr langem, eigentlich seit Jahren, nicht mehr gehört. Und — so muß man hinzufügen — ebenfalls seit Jahren hat Bundeskanzler Adenauer nicht so einlenkende Worte gefunden und so versöhnliche Gedanken an die Adresse Moskaus gerichtet wie in jüngster Zeit.

Diese neue Phase begann mit einem Gruß! Am 18. Oktober hatte Chruschtschew eine zweistündige Unterhaltung mit dem Botschafter der Bundesrepublik, Dr. Kroll. Kroll klagte über den aggressiven Ton Moskaus und die immer wiederkehrenden Beleidigungen, die der Ministerpräsident der Sowjetunion gegen den deutschen Bundeskanzler schleudere. Chruschtschew zeigte Verständnis für diese Klagen. Er war ungewöhnlich umgänglich und ließ dem Bundeskanzler einen Gruß bestellen.

Um so ungelegener kam zwei Tage darauf jener Zwischenfall in der Beethovenhalle in Bonn, als während der Rede Minister Erhards anläßlich der Afrikawoche Botschafter Smirnow plötzlich aufsprang, Erhard mit den Fäusten drohte, ein paar unverständliche Sätze ausstieß und dann den Saal verließ. Der Kanzler reagierte umgehend. Ohne auch nur mit dem Auswärtigen Amt gesprochen zu haben, schickte er sofort Minister von Merkatz — wohlgemerkt einen Minister, nicht einen Botschafter, was protokollarisch ausreichend gewesen wäre —, um Botschafter Smirnow mitzuteilen, wie sehr er bedaure, daß dieser sich offenbar angegriffen gefühlt hätte.

Etwa vierzehn Tage später gab Adenauer einer linksgerichteten rheinischen Zeitung ein Interview. Die Wahl der Zeitung war offenbar sehr zufällig, die Wahl der Worte sicherlich sehr genau überlegt. Da hieß es: «Ich glaube, daß sich mit Herrn Chruschtschew reden läßt, er ist ein anderer Mann als Stalin, und er verfolgt andere Ziele für das russische Volk», und dann, fast beiläufig eingestreut, die Bemerkung: «Jetzt wäre es an Herrn Chruschtschew, mal nach Bonn zu kommen.» (Gemeint war, daß der Besuch des Bundeskanzlers von 1955 noch nicht erwidert worden sei, wozu hinzuzufügen wäre, daß Chruschtschew bisher von Bonn auch nicht eingeladen worden ist.)

Der außenpolitische Spielraum ist klein

Alle Welt merkte auf. Sollte sich da ein deutsch-sowjetisches Rapprochement anbahnen? In London und Paris steckte man die Köpfe zusammen, und manche Leute meinten, die ersten Umrisse eines wieder erstandenen Rapallo-Geistes sich abzeichnen zu sehen.

Wieder einmal wurde ganz deutlich, wie schmal der Spielraum ist, in dem die Bundesrepublik Außenpolitik treiben kann: Ist Bonn abweisend, starr in seinen Grundsätzen und hart in der Sprache, dann heißt es im Osten: «An allem ist die militante Bundesrepublik schuld.» Ist Bonn auf Entspannung bedacht, einlenkend, flexibel, dann erwachen im Westen ganz automatisch Zweifel an der Bündnistreue des Partners. Es bedarf schon des ganzen Vertrauens, das Adenauer in der westlichen Welt angesammelt hat, damit ihm auch nur die wenigen Avancen, die er dem Osten in diesen Wochen machte (und vice versa), nachgesehen werden.

Was ist denn nun eigentlich seit jenem November-Interview in dieser Hinsicht geschehen? Da waren zunächst die Verhandlungen über das deutsch-sowjetische Handelsabkommen. Man erinnert sich jener Szene am 12. Dezember in Bonn — als der Champagner bereits in den Gläsern perlte,

um den Vertragsabschluß zu «begießen», aber nach stundenlangen Verzögerungen die Unterschrift doch nicht zustande kam, weil die Russen nicht bereit waren, dem Wunsch der Deutschen entsprechend, Berlin in den Geltungsbereich des Vertrages miteinzubeziehen. Die Urkunden und der Champagner wurden unberührt abgeräumt, und die Zeitungen beklagten den vertragslosen Zustand, der am 1. Januar 1961 eintreten werde.

Kurz nach Weihnachten jedoch fand auf Anregung des russischen Botschafters im Palais Schaumburg eine Unterredung mit Adenauer statt, und am 31. Dezember war der Vertrag in der vorgesehenen Form unterschrieben. Die Verhandlungen über den Interzonenhandel mit Pankow, die sich etwa zur gleichen Zeit festgelaufen hatten, wurden mit Hilfe Moskaus ebenfalls wieder flottgemacht und unter Dach und Fach gebracht. Beim Neujahrsempfang in Moskau schließlich zog Chruschtschew den Bonner Botschafter Kroll in ein Nebenzimmer und sprach eine ganze Stunde lang mit ihm.

Am 11. Januar, unmittelbar vor Antritt eines längeren Urlaubs, war der sowjetische Botschafter Smirnow noch einmal zu einem einstündigen politischen Gespräch beim Kanzler. Und kurz zuvor, an seinem 85. Geburtstag, hatte Adenauer einen Glückwunsch von Chruschtschew erhalten, in dem dieser der Hoffnung Ausdruck gab, daß Bemühungen unternommen würden, «um die Hindernisse auf dem Weg zur Normalisierung, der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau zu beseitigen», einer Normalisierung, mit der im September 1955 unter persönlicher Teilnahme Adenauers begonnen worden sei. Adenauer knüpfte in seinem Antworttelegramm an diese Bemerkung an und sprach ebenfalls von den Grundlagen, die Chruschtschew und er gemeinsam im Jahre 1955 in Moskau gelegt hätten.

Bisher stets wütende Ausfälle

Seit Chruschtschews Berlin-Ultimatum im November 1958 sind die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion außerordentlich gespannt gewesen. Eigentlich ist seit jener Zeit jede Note jeweils um ein paar Grad schärfer geworden als die vorangegangene: Der sowjetische Regierungschef hielt keine Rede, in der er nicht Vorwürfe und Injurien gegen das Haupt der Bundesrepublik schleuderte. Selbst im Ausland, bei seinen Besuchen in Frankreich und Österreich, ließ er von dieser Gepflogenheit nicht ab, so daß die Bundesrepublik nach seiner Wiener Rede sich genötigt sah, in Moskau einen offiziellen Protest einzulegen.

Gemessen daran ist die neueste Wendung wirklich überraschend. Kein Wunder, daß jedermann sich fragt: «Was bedeutet dies?» Und weiter: «Was hat Chruschtschew im Sinn?» «Was sind Adenauers Absichten?»

Nun, im Grunde haben wahrscheinlich beide dasselbe im Sinn — nämlich beim neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten einen guten Eindruck zu machen. Chruschtschew will alle Steine aus dem Wege räumen oder vielmehr keine zusätzlichen auftürmen und sich nicht den Vorwurf machen lassen, er sei der ewige Störenfried. Der deutsche Regierungschef möchte nicht den Eindruck hervorrufen, die Bundesrepublik sei mit ihren Problemen das Hauptärgernis in der Welt und er als Freund Foster Dulles' am Zustand der Spannung aus therapeutischen Gründen (der Erzeugung von Abwehrstoffen wegen) interessiert.

Also ist die neue Phase *taktisch* und nicht *strategisch* bedingt? Sehr wahrscheinlich, denn Chruschtschew hat nicht aufgehört, auch jetzt während der neuen Phase immer wieder zu betonen, daß die Berlin-Frage im Jahre 1961 geregelt werden müsse und daß er einen Sonder-Friedensvertrag mit der DDR fertig in der Schublade liegen habe.

Für die Bundesrepublik aber gibt es in der Berlin-Frage keinen Verhandlungsspielraum. Nur wenn das Bündnis mit dem Westen hält und durch keinen Argwohn belastet wird, besteht Aussicht, das, was man hat, nämlich den *Status quo* der alten Hauptstadt, mit Hilfe der Westmächte zu halten.

Marion Gräfin Dönhoff

Seitdem Moskau die robuste Außenpolitik treibt, sind Analysen und Betrachtungen über die innenpolitischen Vorgänge im bolschewistischen Imperium seltener geworden. Dennoch lohnt es sich, zu Anfang des Jahres 1961 einmal den Blick nach innen zu kehren, zumal es so aussieht, als ob die internen Umwälzungen in diesem Jahr besonders gravierend sein sollten. In den letzten drei Jahren ist Chruschtschew sehr viel auf Reisen gewesen, und er hat sich mit der Innenpolitik und mit den Wirtschaftsproblemen nur flüchtig befaßt. Dadurch ist manches, was er vorhatte, überhaupt nicht zum Reifen gekommen; manches ist durch die Unzulänglichkeit der Funktionäre nicht nach seiner Façon verwirklicht worden, und das eine oder das andere konnte überhaupt nicht zum Zuge kommen. Freilich, man kann nicht übersehen, daß auch 1961 mit komplizierten außenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West belastet werden kann. Die Berlin-Krise bleibt noch immer als drohender Schatten im Hintergrund, auch wenn zwischen Moskau und Washington nach dem Führungswechsel im Weißen Haus konziliante Depeschen kursieren. Der Kongo, Algerien und Laos können ebenfalls, je nach Lage, den Ablauf des außenpolitischen Geschehens dramatisieren. Ferner bietet die kommende zweite Phase der 15. Vollversammlung der Vereinigten Nationen in New York wiederum dem Demagogen aus Moskau die Chance, daß er kurzerhand am East River erscheint und die Welt schockiert.

Auf der anderen Seite müssen solche Elemente wie die Etablierung einer neuen Administration in Washington und die nahenden Wahlen in der Bundesrepublik berücksichtigt werden. Auch Chruschtschew kann dies nicht ignorieren, weil ihm sonst die Gefahr drohen würde, daß er alle die listigen Pläne, die er vorhat, vorzeitig und eigenhändig zerstört. Außerdem hat er durch die Moskauer Konferenz der kommunistischen Internationale, vor allem dank dem leidlichen Kompromiß mit den Chinesen, soviel Zeit und Spielraum gewonnen, daß er die Wechselbäder, mit denen der Westen seit langem von Moskau unter Druck gesetzt wird, in etwas größeren Zeitintervallen verabreichen kann. Unter Berücksichtigung aller dieser außenpolitischen Aspekte kann damit gerechnet werden, daß Chruschtschew sich eben den vernachlässigten innenpolitischen Belangen mit großer Vehemenz widmen wird.

Äußerst dringend ist dabei die Sanierung der Landwirtschaft, die trotz allen Manipulationen, wie die Steuererleichterungen für die Kolchosbauern, die Entsendung einer Armee von Parteiapparatschiks aus den städtischen Zentren zu der Agrarproduktion, die Erhöhung der Einkaufspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Erschließung von 25 Millionen Hektar Neuland in Kasachstan und von 16 Millionen Hektar in der Russischen Föderativen Republik, vorwiegend im Altai-Gebiet, die Krisenerscheinungen in dieser Sphäre der Wirtschaft nicht haben beheben können. Chruschtschew mußte nicht nur seinen ehrgeizigen Plan der baldigen Überflügelung des amerikanischen Konsumniveaus an landwirtschaftlichen Produkten stillschweigend fallenlassen; er hat sich sogar gezwungen gesehen, auf der letzten Plenartagung des Zentralkomitees seiner Partei einzugestehen, daß bei den heutigen Produktionszahlen die sowjetische Agrarwirtschaft nicht immer die gegenwärtigen Bedürfnisse der Bevölkerung decken könne. Somit erhebt sich das landwirtschaftliche Problem zu einer erstrangigen Frage im inneren Leben des Sowjetstaates, weil damit eine Kette recht verschiedener Schwierigkeiten verbunden ist. Der wirtschaftliche Aspekt der mangelhaften Agrarproduktion stellt sich als ein Hemmschuh auf mehreren Gebieten dar. Von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist der Aufschwung der Konsumgüter- und Leichtindustrie abhängig. Dazu kommen die Verpflichtungen, welche die Sowjetunion gegenüber den verbündeten kommunistischen Staaten erfüllen muß.

In politischer Hinsicht spielt die Agrarkrise eine ebenfalls außerordentlich wichtige

Rolle, denn Chruschtschew ist eigentlich mit der neuen landwirtschaftlichen Politik groß geworden, und sie könnte ihm bei einer fortschreitenden Stagnation dieses Wirtschaftsfaktors zum Verhängnis werden. Darüber hinaus hat er den wirtschaftlichen Wettbewerb mit Amerika, und zwar im Pro-Kopf-Verzehr zu einem ideologischen Kriterium des kommunistischen Wohlstandes gemacht und kann trotz der zeitweiligen Zurückstellung solcher Pläne grundsätzlich auf diesen programmatischen Punkt nicht verzichten. Sobald Chruschtschew sich stärker mit den innenpolitischen Aspekten seiner Diktatur zu befassen begann, traten Tausende von Problemen an ihn heran. Auf alle Zusammenhänge kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Ich erwähne nur solche Fragen wie die Rubelreform, den Übergang zu einem verkürzten Arbeitstag, die halbbegonnene Umstellung der Industriebetriebe auf die Automatisierung, die Verlagerung bzw. Errichtung der neuen Kapazitäten nach und in Sibirien und die seit einiger Zeit laufende Reform der Roten Armee sowie ihrer Ausrüstung.

Alles, was Chruschtschew bis jetzt verwirklichte und was er noch plant, sind im Grunde genommen Manipulationen innerhalb der unveränderten Diktatur mit einer unangetasteten Oberherrschaft der Parteikaste. An diesem Grundsatz scheitern eben alle seine Reformen, denn nach einer relativ kurzen Zeit werden sie von den krebsartigen Wucherungen der Parteibürokratie befallen. Chruschtschew will aber und kann wahrscheinlich auch nicht den Ast, auf dem er sitzt, absägen. Sein Allheilmittel gegen die bürokratische Krankheit ist die alte Methode der Sündenböcke. So wird auch die Agrarkrise zweifellos in eine Säuberung größten Stils übergehen. Die Drohungen, welche Chruschtschew auf der Januar-Plenartagung des Zentralkomitees an die Adresse der prominenten Provinzfunktionäre ausgesprochen hatte, werden von ihm, allem Anschein nach, eingehalten. Die erste Gelegenheit wird er dazu haben, wenn er seine angekündigte und bisher längste Inlandreise durch die Republiken von der Ukraine über den Kaukasus bis nach Kasachstan absolviert hat. Auf diese Weise präsentiert sich die Agrarkrise letzten Endes als ein politisches Problem. Chruschtschew wird im Zuge der Säuberung, die als Rache für die Rückschläge seiner Landwirtschaftspolitik kommt, ein seit langer Zeit einer Lösung harrendes Problem bewältigen wollen. Es ist das Problem des Generationswechsels in der Parteibürokratie. Bisher sitzen überall auf den einflußreichen Posten die Kader, die ihre Karriere unter Stalin entweder vor dem zweiten Weltkrieg begonnen hatten, oder die Veteranen des Partisanenkrieges, die sich im Kampf gegen die Deutschen verdient gemacht hatten. Inzwischen sind aber in den 15 Nachkriegsjahren aus den Fachschulen, Universitäten und Parteiinstituten neue Kader hervorgegangen, die den Herrschenden Indolenz und Unwissen vorwerfen und ihnen die eigenen Fachkenntnisse entgegenstellen. Dem Drang dieser Generation, die gewissermaßen mit den jungen amerikanischen Leuten, die jetzt in die Politik kommen, zu vergleichen sind, kann sich das Moskauer Politbüro nicht lange mehr widersetzen. Wahrscheinlich will Chruschtschew seine Politik, ohne selbst abzutreten, auf die jungen Kader stützen. Unter diesem Gesichtspunkt werden offensichtlich auch die Vorbereitungen zu dem für Oktober 1961 bestimmten 22. Parteikongreß laufen, der mit der Neuwahl des Zentralkomitees und aller anderen Führungsorgane und mit der Verabschiedung eines neuen Programms die Grundlagen des Chruschtschewismus als einer neuen gesellschaftlichen Formation nach der stalinistischen Periode legen wird.

Alexander Korab

DER STRATEGISCHE ATOMGEGENSCHLAG

Das Zielregister der USA

Zum ersten Male in ihrer Geschichte besitzen die USA ein Verzeichnis der strategischen Ziele und einen für alle Wehrmachtsteile gültigen Einsatzplan (Single Integrated Operational Plan = S. I. O. P.), der, falls der Kreml den III. Weltkrieg beginnen sollte, für den strategischen Atomgegenschlag in Anwendung kommen soll.

Die Öffentlichkeit erhielt von diesem Verzeichnis erstmals Kenntnis, als der ehemalige Verteidigungsminister *Thomas S. Gates* nach einer geheimen Besprechung zwischen den führenden Persönlichkeiten der Landesverteidigung und den höchsten Kommandanten am 1. und 2. Dez. 1960 auf dem Luftwaffenstützpunkt Offutt (in der Nähe von Omaha, Neb.) davon sprach.

Diese längst fällige Bereinigung betrifft die Anwendung und die Durchführung des geplanten Einsatzes der Atomwaffen, deren Zerstörungskraft 10 bis 15 Billionen Tonnen TNT-Sprengstoff gleichkommt. Diese erwähnte Menge Atommunition, welche mit Hilfe von Bombenflugzeugen und Lenkwaffen eingesetzt würde, bildet nur einen Teil der in den USA-Lagern vorhandenen Kernwaffen. Dazu kommen noch diejenigen Mengen, welche für die rollenden Angriffe und für andere Kampfhandlungen, seien es jene des strategischen Luftwaffenkommandos (Strategic Air Command = S. A. C.) oder der Teilstreitkräfte, wie sie in den Gebieten des Atlantik, Pazifik, West-Atlantik, Mittelmeer oder in Europa und Alaska bereitgestellt sind.

Das Erscheinen der «Polaris»-Lenkwaffen-Unterseeboote, deren Basen im Nordatlantik liegen, ließ die Forderung nach einem einheitlichen Zielregister neuerdings aufleben. Bereits wurden zwei solche neue Lenkwaffen-U-Boote mit je 16 Stück «Polaris»-Mittelstrecken-Lenkwaffen in den Dienst gestellt; weitere vier sollen noch im Jahre 1961 an die USA-Atlantikflotte geliefert werden.

An einem Dezembermorgen äußerte sich General *Lyman L. Lemnitzer*, Chef des Gemeinsamen Stabes (Joint Chiefs Staff = JCS) der USA-Streitkräfte seinen Stabsoffizieren gegenüber hinsichtlich dieses neuen strategischen Planes folgendermaßen: «Das war die wichtigste Mitteilung, welche Minister Gates mir je gemacht hat. Sie bedeutet die Geburtsstunde der Grundlagen für die zukünftige strategische Planung.

Gates führte in der erwähnten Mitteilung folgendes aus:

«Wir haben gerade eine sehr erfolgreiche Konferenz zwischen dem Gemeinsamen Stab (JCS) und den Dienstabteilungen gehabt. Die Besprechungen führten nicht nur zu einer sehr nützlichen Überprüfung wichtiger Probleme der Verteidigung der freien Welt, sondern wir hatten auch Gelegenheit, die Arbeit desjenigen Teiles des Generalstabes gründlich kennen zu lernen, welcher als Planungsstelle der strategischen Ziele (Joint Strategic Target Staff) bekannt ist.

Unter strengster Geheimhaltung

«Obwohl die ganze Materie äußerst geheimgehalten wird, darf ich Ihnen dennoch mitteilen, daß der neue Plan durch den Präsidenten und den Gemeinsamen Stab (JCS) genehmigt wurde. Die Arbeit, welche General *Power* und sein Stab, unter Mitwirkung zahlreicher Vertreter der Land- und Seestreitkräfte, der Luftwaffe und des Marinekorps bewältigt haben, bedeutet einen enormen Fortschritt für unsere strategische Planung. Mit Hilfe dieses Planes können wir aus unseren Kräften und Waffen das Maximum herausholen.»

«Ich gratuliere dem Chef und seinem Stab für diese hervorragende Arbeit.»

Gates vermied es sorgfältig, irgendwelche Andeutungen über das dicke, schwarz eingebundene Register zu machen, welches eher einem großen Geschäftsbuch ähnelt. Dieses Register enthält das erstmals aufgestellte Verzeichnis aller strategischen Ziele mit den Angaben der geographischen Länge und Breite hinter dem eisernen Vorhang. Es betrifft diejenigen Ziele, welche im Falle eines

provozierten Angriffes im Rahmen des Vergeltungsschlages niedergekämpft werden müssen.

Das Register, das gegenwärtig auf dem SAC-Kommandoposten in einem Panzerschrank versorgt ist, enthält eigentlich nur das Verzeichnis der Ziele und eine Übersichtskarte. Es stellt das Resultat der gemeinsamen Anstrengungen von ca. 300 Offizieren dar, welche den Stab für Strategische Planung bilden, der von Gates Mitte 1960 ins Leben gerufen worden war.

Das Schlußresultat dieser enormen Arbeit ist im Pentagon unter der bereits erwähnten Bezeichnung SIOP bekannt. Dieser verdienstvolle Beitrag Gates' bildet sein Vermächtnis an den Nachfolger, *Robert S. Mc. Namara*, ehemaliger Präsident der Ford Motor Co., welches ihm ermöglicht, die SIOP weiter auszubauen.

Obwohl die SIOP kein Zaubermittel bildet gegen das, was den Pentagon bedrückt, befreit sie doch die führenden Persönlichkeiten im Pentagon von einigen Schwierigkeiten, welche seit dem zweiten Weltkrieg bestanden haben. Die Luftwaffe hatte in den vergangenen Jahren ihre eigenen strategischen Bombardierungspläne und ihre eigene Zielliste aufgestellt. Sie hatte den Auftrag für die strategischen Bombardierungen seinerzeit direkt vom Verteidigungsdepartement erhalten und hütete eifersüchtig die Liste der feindlichen Ziele.

Die wichtige Rolle der Seestreitkräfte

Die Land- und Seestreitkräfte (Army und Navy) werden wesentlich beizutragen haben, daß dieses Zielregister auch auftragsgemäß zur Ausführung gelangen kann. Im Grund war aber die bisherige Zielzusammenstellung, obwohl sie — allerdings mehr theoretisch — mit dem Chef des Generalstabes koordiniert und bereinigt worden war, ein Werk der Luftwaffe.

In den letzten Jahren, in denen die Atomwaffen immer mehr verbessert wurden und die Einführung neuer Lenkwaffen auch den strategischen Einsatz der Land- und Seestreitkräfte ermöglichte, wurde der Luftwaffe der Vorwurf gemacht, daß sie die Anzahl der Ziele recht hoch angesetzt habe, um die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues und eine damit verbundene größere Zuteilung finanzieller Mittel aus dem Militärbudget zu begründen. General *Maxwell D. Taylor*, ehemaliger Generalstabschef der Armee, vertrat sogar die Ansicht, daß die Luftwaffe mit ihrem beabsichtigten massiven Vergeltungskonzept die feindlichen Ziele sogar übertöte (overkill), also eigentlich übertreibe. Taylor meint, es seien mehr H-Bomben und mehr Ziele vorgesehen, als notwendig wären.

Als am 1. Dezember letzten Jahres die Besprechungen zwischen dem Gemeinsamen Stab (JCS) und den vereinigten Kommandanten über den neuen Plan des strategischen Einsatzes stattfanden, wurde dieser Vorwurf der Übertreibung wieder erhoben. Die Seestreitkräfte hatten sorgfältig alle ihre Einwände und Bemerkungen zu dieser Zielliste der Luftwaffe in einen Bericht zusammengefaßt. Auch die Landstreitkräfte traten mit einer Reihe von Fragen und Kritiken auf. Vor allem machten die Seestreitkräfte darauf aufmerksam, daß die Folgen des radioaktiven Ausfalls, der zum Nachteil der verbündeten neutralen Länder wirken kann, zu wenig berücksichtigt wurden.

Die alte Streitfrage des «Übertötens» und das neue Problem: welche Ziele sind der Polaris-U-Boot-Lenkwaffe der Seestreitkräfte zuzuweisen, bildeten den Anlaß, daß auf Gates Pendenzenliste die Bereinigung dieser Fragen zu *den Aufgaben gehörte, die vor seinem Ausscheiden aus dem Pentagon unbedingt erledigt werden mußten.* Als ehemaliger Seemann stand er den von seiten der Seestreitkräfte vorgebrachten Bedenken hinsichtlich des «Übertötens» der Ziele durch die Luftwaffe sehr aufgeschlossen gegenüber. Diese Bedenken gipfelten in der Forderung nach verstärktem Ausbau und notwendigerweise im Verlangen nach einer Erhöhung der finanziellen Mittel für diejenigen Streitkräfte, welche auch für die sogenannten beschränkten Kriege eingesetzt werden könnten — also für die Land- und Seestreitkräfte. Infolge der ziemlich weit auseinandergehenden Ansichten über das Konzept des strategischen Einsatzes der Atomwaffen, war es den Generalstabschefs

während Jahren nicht möglich gewesen, eine einheitliche Lösung zu finden.

Schlecht koordinierte Strategie

Jede militärische Dienststelle hatte nämlich ihren Privatplan, um die Sowjets oder Rotchina abzuschrecken oder zu vernichten. Jeder dieser Pläne diente dazu, um natürlich die Wichtigkeit der eigenen Waffe und Kräfte herauszustreichen.

Anläßlich der militärischen Gipfelkonferenz in Offutt am 1. 12. 1960, an welcher alle führenden Persönlichkeiten der Landesverteidigung teilnahmen, konnte Gates mit der Unterstützung Eisenhowers seinen langgehegten Plan realisieren. Er hörte sich die durch Admiral *Arleigh A. Burke*, Chef der navalen Operationsabteilung, dargelegten wohlfundierten und sachlich vorgebrachten Ausführungen sowie die gut vorbereiteten Fragen aufmerksam an. Die Besprechungen dauerten bis spät in die Nacht hinein. Der nächste Tag brachte unter dem Einfluß von Gates Schiedsrichterdiensten und der geschickten Vermittlertätigkeit die Entscheidung. Er stimmte dem Entwurf der Planungsgruppe des S. A. C. zu.

Ein Sprecher der Landstreitkräfte, welcher bisher die Ansichten von General *Taylor* vertreten hatte, meinte am Schluß: «Es war vieles übertrieben, was über das ‚Übertöten' herumgeboten wurde; als nämlich die vereinigte Planungsgruppe Ziel um Ziel besprach, stellten alle den 4 Wehrmachtsteilen angehörenden Offiziere fest, daß eigentlich eine gute Arbeit vorlag.»

Es sei zugegeben, daß die Zielliste etwas bereinigt werden mußte. Unnötige Doppeleinsätze konnten vermieden werden. Wirklichkeitsnahe Berechnungen wurden durchgeführt, um möglichst genau den Bedarf an Atomwaffen, unter Berücksichtigung ihrer Stärke, berechnen zu können. Auch die notwendigen technischen Mittel, um diese Atom-Munition zum Einsatz zu bringen (also Lenkwaffen und Bomber), wurden festgelegt. Dringlichkeitsstufen und Zeittabellen, in denen alle Angaben für den ersten Vergeltungsschlag, die zweite Salve, das dritte Feuer und die später rollenden Angriffe enthalten sind, wurden aufgestellt.

Einer der Mitarbeiter stellte fest: Nun haben wir zum ersten Male nicht nur einen genauen Überblick, was den strategischen Zielen zugedacht ist, sondern wir wissen auch, wer das zu tun hat, wann und wie es auszuführen ist. Der Mythos der Nützlichkeit eines strategischen Überfalls auf unser Land würde sofort verblassen, wenn alle die Möglichkeit hätten, sich selbst zu überzeugen, wie sorgfältig die S. A. C. ihre Planung durchgeführt hat. Wohl gab es einige Meinungsverschiedenheiten, welche aber alle durch sachliche Überlegungen bereinigt wurden.

Abwartende Haltung der Seestreitkräfte

Die Mehrzahl der Navy-Offiziere sind immer noch keine Freunde der S. I. O. P. und des Ziel-Registers. Sie können es nicht überwinden, daß dieser Planungsstab zum Hauptquartier der S. A. C. kam. Noch immer argwöhnen sie, daß die S. A. C.-Planer in die Verwendung der Polaris-Lenkwaffen hineinreden werden.

«Es gibt noch eine beträchtliche Anzahl von Fragen, die es abzuklären gilt, so zum Beispiel die Grundfrage, ob die Führung eines vorsorglichen Krieges wirklich zur Strategie der Luftwaffe gehört», meinte ein Navy-Offizier trübsinnig. «Es ist also Gates, welcher das Gegenschlagprojekt zu Gunsten der Luftwaffe lancierte und damals gleichzeitig die Zusicherung großer finanzieller Mittel aus dem Militärbudget erreicht hat. Das ist aber nicht nur eine teure, sondern vor allem eine gefährliche Auffassung. Sie ist nur dann richtig, wenn wir zuerst zuschlagen würden oder anders ausgedrückt, wenn wir einen Präventivkrieg beginnen wollten. Das heißt aber, daß wir unverzüglich den Schlag auslösen müßten, sobald wir genügend zuverlässige Nachrichten besitzen, daß die Gegenseite sich bereit macht, um uns anzugreifen. Wenn wir nämlich abwarten, bis wir zuerst getroffen werden, sind alle unsere massiven Vorbereitungen wertlos, weil wir sicher dann nur ins Leere schlagen werden, da die feindlichen Bomberbasen, die feindlichen

Abschußrampen geräumt sind und wir einen hoffnungslosen Jagdkrieg nach den feindlichen Lenkwaffen — die dann von uns unbekannten Orten gegen uns aufsteigen — treiben müssen.»

Diejenigen Fachleute der Navy, welche eine minimale oder verfeinerte Atomwaffen-Strategie als Abschreckung befürworten, fürchten, daß die Luftwaffe auch nach den Offutt-Besprechungen wieder mit ihrer Auffassung der massiven Vergeltung dominieren werde. Die Navy-Fachleute behaupten, daß Marinewaffen wie die Polaris-U-Boot-Lenkwaffen und die Flugzeugträger, welche in der Lage sind, die Zerstörung einer bestimmten Anzahl russischer Städte, zum Beispiel 35 oder 50, zu garantieren, eine genügend starke Drohung bilden, um den Kreml oder Peking zu überzeugen, daß ein Atomkrieg für sie nur von Nachteil wäre und daher unbedingt vermieden werden sollte.

Die Seestreitkräfte treten für Anpassungsfähigkeit ein

«Schlußendlich haben wir dann doch eine gemeinsame Basis gefunden, um starten zu können», fügte ein optimistisch eingestellter Navy-Offizier bei. «Zuerst arbeiteten wir die Richtlinien aus, welche für die Beurteilung des Ziel-Registers notwendig sind. Das Register selbst wird zur Überprüfung und Überarbeitung an den Planungsstab zurückgehen. Es wird gekürzt werden, es wird aber auch flexibler, anpassungsfähiger werden müssen, es darf nicht in einem Schema erstarren. Wir wünschen nicht, daß unsere Gegner meinen sollten, die Liste sei für ewig gleich und gültig. Das Register ist ein Beginn und wird mit Verstand und Vernunft à jour gehalten werden.»

Die S. I. O. P., welche ab 1. April 1961 in Kraft tritt, wird im Budget des Jahres 1962 berücksichtigt werden. Das Zielregister bezeichnet mehr als 400 Flächenziele, von denen jedes ein oder mehrere Punktziele (sog. «GZ», Ground zero target aiming points) umfaßt. Schätzt man für jedes Zielgebiet drei solcher «GZ», so ergibt dies die respektable Anzahl von 1200 einzelnen Zielen.

Um eine Vernichtungswahrscheinlichkeit von 75% zu erreichen, sind für jedes Ziel nach Wichtigkeit, Verteidigungspotential und Verwundbarkeit einige Atomgeschosse oder Atombomben (es dürften 3—5 Stück sein) in Rechnung gestellt worden. Der genaue Bedarf an Atom-Munition wird auf Grund einer ziemlich komplizierten Formel berechnet, in der die Faktoren wie Waffengenauigkeit, zu erwartende Verluste durch technische Mängel oder Außerkampfsetzung durch die Feindeinwirkung, Zerstörungskraft sowie Beschaffenheit der Befestigung des Zieles oder der Schutzvorkehrungen des Gegners entsprechend berücksichtigt wurden.

Für die nächste Zukunft bildet die S. A. C., also die Luftwaffe, das Gros derjenigen Atomstreitkräfte, welche die im voraus bestimmten Ziele mit 1700 Bombern, inbegriffen die B-47, B-52 und B-58, zu bekämpfen haben. Die großen interkontinentalen Lenkwaffen ICBM Atlas, Titan und Minuteman werden bis 1962/1963 zahlenmäßig noch keine so große Rolle spielen. Die Seestreitkräfte verfügen ihrerseits über bordgestützte Bomber, die von den Flugzeugträgern aus operieren, welche bei der Flotte im Fernen Osten oder im Mittelmeer stationiert sind.

Die dominierende Rolle der Luftwaffe auf dem Gebiet der strategischen Abschrekkung wurde durch die S. I. O. P. bestätigt. Die S. A. C. hat weiterhin den Auftrag, ca. 70% der Flächenziele, 85% aller GZ-Punktziele zu vernichten und 92% der vorausberechneten Menge Atom-Munition rasch und zielsicher einzusetzen.

Lloyd Norman

Die Ausbildung der Armee erfolgt dieses Jahr zum letzten Male im Rahmen der Truppenordnung 1951 und der geltenden Gliederung der Militärverwaltung. Auch 1961 steht die Ausrüstung weiterer Truppen der Feldarmee mit dem *Sturmgewehr 1957* im Vordergrund. Die 6. Div., deren Formationen der Infanterie und der Leichten Truppen 1960 mit dem Sturmgewehr ausgerüstet wurden, wird im WK die begonnene Umschulung fortsetzen, zumal im Umschulungs-WK 60 die verschiedenen Gewehrgranaten, die mit dem Sturmgewehr verschossen werden sollen, noch nicht zur Verfügung standen. Eine neue Verteilung der WK-Pflicht bewirkt, daß die Verbände der Infanterie und der Leichten Truppen der 6. Div. auch im zweiten WK mit Sturmgewehr über elf Jahrgänge verfügen. Die neue Regelung verzichtet auf die bisherigen Ausfalljahre und verlangt grundsätzlich die Leistung aller acht WK innerhalb von 8 Jahren. Für die Infanterie und die Leichten Truppen wird diese neue Regelung gleichzeitig mit dem Sturmgewehr eingeführt, damit die starken Kursbestände der Übergangsjahre für die Sturmgewehrumschulung ausgenützt werden können. Für die übrigen Truppen dürfte die neue Verteilung der WK erst mit der neuen Truppenordnung und der neuen Ordnung der Heeresklassen eingeführt werden.

1961 werden vier weitere Heereseinheiten mit dem Sturmgewehr ausgerüstet: die Divisionen 1 (ohne Rgt. 2), 8 und 9 und die Gebirgsbrigade 10. Von Mitte Januar bis Dezember sollen in elf WK-Gruppen insgesamt 10 Inf. Rgt., 5 selbständige Inf. Bat., 5 Trainkolonnen, 2 Dragonerabt. mit 6 Schwadronen, 4 Mot. Aufklärungsschwadronen, 3 Panzerabwehrkanonen-Kp., 3 Divisionsstabs-Kp., eine Gebirgsbrigadestabs-Kp. und eine Armeekorpsstabs-Kp. das Sturmgewehr erhalten. Die Verlängerung der Kadervorkurse vor dem Umschulungskurs hat sich 1960 bewährt und wird 1961 fortgesetzt.

Weitere Umschulungskurse sind für die letzten Scheinwerfer-Kp. der Fliegerabwehrtruppen vorgesehen, die in Flab-Radar-Kp. umgewandelt werden. Daneben steht im Aufgebotsplakat erstmals eine dritte Flieger-Radarkp. mit der Nummer 17. Der Rückgang der Zahl der Flugplatzabteilungsstäbe von 15 auf 12 und der Zahl der Flugplatz-Flabbttr. von 21 auf 12 läßt eine Reorganisation der Kriegsflugplätze und ihres Fliegerabwehrschutzes vermuten.

Die *Heereseinheitsmanöver* werden dieses Jahr im Frühling durchgeführt, offenbar im Hinblick auf die im Herbst einsetzende Einführung der neuen Truppenordnung. Im 2. AK werden die 5. Div. und die Leichte Br. 2 gegeneinander angesetzt, und im 1. AK werden sich die Div. 2 und 3 miteinander messen. Dank dem Umstand, daß die WK-Daten der Divisionen 2 und 3 um eine Woche differieren, wird die vollmotorisierte 3. Division direkt aus der Mobilmachung zu den Manövern gegen die 2. Division antreten.

Zum *Ergänzungskurs* von zwei Wochen Dauer werden 1961 die Grenzbr. 2, 4 und 9, die Festungsbr. 10 sowie eine Reduitbr. einberufen.

Das *außerdienstliche Schießwesen* erfährt dieses Jahr zwei wesentliche Neuerungen. Einmal werden mehrere Tausend Wehrmänner 1961 erstmals mit dem Sturmgewehr schießpflichtig. Ein kleiner Teil dieser Soldaten hat letztes Jahr schon freiwillig das obligatorische Programm geschossen und am Feldschießen teilgenommen. Dieses Jahr sind nun aber alle Rekruten, Soldaten und Kader, die 1960 in der RS oder im WK der 6. Div. das Sturmgewehr gefaßt haben, zum außerdienstlichen Schießen des Bundesprogramms verpflichtet. Die zweite Neuerung bezieht sich auf die in den Händen unserer Wehrmänner befindliche Taschenmunition. Sowenig wie die Lebensmittelvorräte ist die Taschenmunition der Wehrmänner unbeschränkt haltbar; sie muß periodisch ausgetauscht werden. Anstatt die alte Taschenmunition einzuziehen und mit großen Kosten zu revidieren, ist die Militärverwaltung auf die vortreffliche Idee verfallen, sie anläßlich der

Erfüllung der Schießpflicht mit dem Bundesprogramm 1961 zu verschießen und dabei den Schützen eine Packung neuer Taschenmunition nach Hause mitzugeben. Der Eidgenossenschaft werden auf diese Weise erhebliche Kosten erspart, und ein eigentlicher Austausch von Taschenmunition anläßlich der gemeindeweisen Inspektionen von 1962 bleibt auf die nicht schießpflichtigen Wehrmänner beschränkt, die 1961 auch nicht freiwillig das Bundesprogramm schießen.

Es muß bei dieser Gelegenheit wieder einmal betont werden, welche großen wehr- und staatspolitischen Werte darin zum Ausdruck kommen, daß der Schweizer Soldat mit seiner übrigen persönlichen Ausrüstung auch seine Handfeuerwaffe und 24 Patronen Taschenmunition in seiner Wohnung aufbewahrt. Diese in der Welt einzig dastehende Tatsache gewinnt noch erheblich an Bedeutung durch die Abgabe des halbautomatischen Sturmgewehres, das nun die jungen Soldaten, wie früher den Karabiner, mit der Taschenmunition zu Hause aufbewahren und und mit dem sie in Schießvereinen und an Schützenfesten freiwillige und obligatorische Schießübungen durchführen. Das ist ein *großer Vertrauensbeweis*, auf den der Schweizer Soldat stolz sein darf und der ihn ehrt. Sturmgewehr und Karabiner im Hause mitsamt der Taschenmunition sind ein Sinnbild für unsere entschlossene Wehrbereitschaft und die Mitverantwortung jedes einzelnen Soldaten an der Verteidigung unserer Heimat.

Miles

WIRTSCHAFT UND RECHT

Aus der Vielzahl der aktuellen Beiträge in der anerkannten Zeitschrift *Wirtschaft und Recht* können in der vorliegenden Umschau nur einige wenige etwas einläßlicher besprochen werden. Die Auswahl beschränkt sich dabei im wesentlichen auf jene Aufsätze, die sich mit dem besonders zeitgemäßen Gegenstand der europäischen Integrationsbemühungen befassen[1].

Ein halbes Jahrhundert umwälzender Geschehnisse hat die erdbeherrschenden Staaten Europas *weltpolitisch* zur Provinz, *militärisch* zum Vorgelände zweier außereuropäischer Mächte und auch *wirtschaftlich* zu zweit- und drittrangigen Größen werden lassen. Das gilt trotz des ungeahnten Wiederaufschwungs nach den Zerstörungen der Kriegsjahre (eines Wiederaufschwungs, der übrigens ebenfalls weitgehend auswärtiger Hilfe zu verdanken ist). Denn die europäischen Staaten sehen sich *einzeln* außerstande, das Weltgeschehen politisch bestimmend zu beeinflussen und militärtechnisch mit den beiden Weltmächten Schritt zu halten. Und auch wirtschaftlich ist es den meisten unter ihnen nicht mehr möglich, die Kosten zu tragen, die Forschung und Entwicklung auf Gebieten der modernen Technik wie der Kernspaltung oder Weltraumforschung verursachen. Die Folgerung aus dieser Sachlage ist offensichtlich: Sofern die europäischen Staaten weiterhin jeder für sich allein stehen, droht ihnen auf die Dauer eine Unterlegenheit, die es ihnen schwer oder gar unmöglich macht, ihre Unabhängigkeit nach außen notfalls wirksam zu behaupten oder die Wohlfahrt der Staatsgenossen in bestmöglicher Weise zu fördern. Sie können damit wesentliche Aufgaben des souveränen Staates nur mehr unzulänglich erfüllen.

Nicht zuletzt ist es diese Erkenntnis, wie sehr die Mindestgröße eines Staatsgebildes angewachsen ist, das derartige Funktionen noch wirkungsvoll auszuüben vermag, die den Bestrebungen um einen europäischen Zusammenschluß zugrunde liegt.

Was erfordert diese Sachlage von uns? Verlangt sie auch von der Schweiz ein Aufgehen in einem umfassenderen Gebilde, einem europäischen Staatenbund oder Bundesstaat? Mit dieser grundsätzlichen Frage befaßt sich Küng in seinem Aufsatz über «Die optimale Staatsgröße[2]». Unbestreitbar hat sich nach seiner Auffassung die optimale

Staatsgröße auf halbe und ganze Kontinente ausgedehnt. Dies zuzugestehen bedeutet jedoch nicht bereits die Bejahung des Superstaates. Damit ist nur die Notwendigkeit, nicht aber auch schon die Form der Zusammenarbeit anerkannt. Es wäre, wie Küng bemerkt, im Gegenteil verhängnisvoll, die historischen Staaten im Zuge der Integration preiszugeben: einerseits weil das erforderliche Maß an europäischer Kooperation erreichbar ist, ohne Souveränitätsbestandteile auf supranationale Gebilde übertragen zu müssen, und weil anderseits die bestehenden Staaten eine psychologisch viel befriedigendere Gemeinschaftsform darstellen, als es ein eventueller Superstaat zu sein vermöchte.

Es sind überwiegend Besorgnisse politischer Art, die zum schweizerischen Entschluß geführt haben, der EWG fernzubleiben. F. Aschinger weist in seinem Aufsatz im einzelnen darauf hin[3]: auf die befürchtete Gefährdung unserer direkten Demokratie, falls die unmittelbar vom Volke ausgeübten Souveränitätsrechte über die Handels-, Fiskal-, Agrar- und Kartellpolitik auf eine supranationale Organisation übertragen werden müßten; auf die Sorge um den föderalistischen Aufbau der Schweiz, wenn wichtige steuer- und konjunkturpolitische Kompetenzen der Kantone zugunsten des übernationalen Gebildes eingeschränkt würden; auf neutralitätspolitische Rücksichtnahmen usw. Bei der Freihandelsassoziation entfallen diese Bedenken. Sie ist eine internationale Organisation herkömmlicher Art; supranationale Züge gehen ihr gänzlich ab. Die Freihandelsassoziation hat, wie Aschinger ausführt, den Charakter einer Notgemeinschaft, die zwei Ziele anstrebt: als erstes die Vertretung und Stärkung der Wirtschaftsinteressen der sieben Mitgliedstaaten und als zweites die wirtschaftliche Wiedervereinigung Europas durch einen gesamteuropäischen Zusammenschluß.

Während Aschingers Gedanken auf der Linie der offiziellen schweizerischen Politik liegen, nimmt B. Gruber in seinen «Unorthodoxen Überlegungen zur Integrationsfrage» eine entgegengesetzte Haltung ein[4]. Er hält die rein zwischenstaatlichen Organisationsformen vom Typ der Freihandelsassoziation für nicht mehr zeitgemäß. Sie mochten zur Not noch angehen, als sich die nationalen Regierungen im wirtschaftlichen Bereiche mit einer bloßen Nachtwächterrolle begnügten. Den internationalen Aufgaben von heute seien sie nicht mehr gewachsen. Dazu bedarf es nach ihm gemeinsamer Institutionen mit supranationalen Organen. Integration lediglich auf der Ebene des Handels und der Währung sei eine Utopie; wirksame Integration müsse umfassend und damit notwendigerweise politische Integration sein. Wegen ihrer geographischen Lage inmitten Europas und der ausgeprägten EWG-Orientierung ihrer Wirtschaft bleibt nach Gruber für die Schweiz nur der Anschluß an den Gemeinsamen Markt sinnvoll. Allerdings könne es sich heute noch nicht um einen eigentlichen Beitritt zur EWG handeln, obwohl Gruber den angeführten staats- und neutralitätspolitischen Gründen gegen einen EWG-Beitritt nicht entscheidendes sachliches Gewicht beizumessen scheint. Er steht hier in deutlichem Gegensatz zu D. Schindler, der auf Grund einer einläßlichen Prüfung der neutralitätsrechtlichen Fragen zum Schluß gelangt, ein Beitritt zur EWG wäre gleichbedeutend mit der Bereitschaft zu späterer Preisgabe der Neutralität[5]. Immerhin sieht auch Gruber die Zeit für einen solchen Schritt noch nicht gekommen, weil die psychologische Bereitschaft dazu in unserem Volke derzeit nicht gegeben sei. Daher bleibe als dritter Weg nur die bilaterale Assoziation mit der EWG offen, ein Weg, den wir jedenfalls dann einzuschlagen hätten, wenn die Freihandelsassoziation nicht die große europäische Freihandelszone herbeizuführen vermöge.

Einen speziellen Integrationsaspekt sowohl des Gemeinsamen Marktes als der Freihandelszone beleuchtet A. Bernet in seinen Ausführungen über die Harmonisierung der Finanzpolitik[6]. Wenn sich auch nur wenige Bestimmungen des Römervertrages mit der künftigen Finanzpolitik der EWG-Staaten befassen, so ergebe sich doch aus dem Bestreben, eine gemeinsame Wettbewerbs-, Konjunktur- und Sozialpolitik zu betreiben, von selbst ein gewisser Zwang zu gleichgerichteten finanzpolitischen Maßnahmen. In besonderem Maße treffe dies für die Ausga-

bengestaltung und die Schuldenwirtschaft der EWG-Mitglieder zu. Aber auch die Freihandelszone werde sich trotz ihrer viel begrenzteren Zielsetzung kaum dem Zwang zur Angleichung der Finanzpolitik auf Teilgebieten wie der indirekten Besteuerung entziehen können.

Unter den materiellen Grundsätzen des EWG-Vertrages kommt den Wettbewerbsregeln erhebliche Bedeutung zu. Sie enthalten ein generelles Kartellverbot mit Erlaubnisvorbehalt sowie ein Verbot der mißbräuchlichen Ausnützung einer marktbeherrschenden Stellung. Auch für Unternehmer der Nichtmitgliedstaaten können sich daraus bedeutsame Auswirkungen ergeben. So stellt sich beispielsweise das Problem, inwieweit die wettbewerbsrechtlichen Verbote des EWG-Vertrages auch auf Konkurrenzbeschränkungen anwendbar sind, die nur von ausländischen Firmen ausgehen, so etwa, wenn eine Gruppe schweizerischer Unternehmungen den EWG-Markt gebietsweise unter sich aufteilt. Diesen wettbewerbsrechtlichen Fragen geht W. Hug in einer breit angelegten Untersuchung der einschlägigen Vorschriften sowohl des EWG- als auch des Montanunion-Vertrages nach[7].

Stichwortartig sei eine Anzahl weiterer beachtenswerter Beiträge erwähnt, so E. Küngs kritische und unter Heranziehung ethischer und soziologischer Gesichtspunkte ablehnende Stellungnahme zum Postulat der Gleichbezahlung weiblicher Arbeitskräfte[8], J. J. M. van der Vens umsichtige Abklärung dessen, was «sozialer Fortschritt» heute richtigerweise bedeutet[9], oder die abgewogenen Darlegungen H. Siebers zur Mietpreisfrage und zur Aussprache über den Expertenbericht betreffend die Bekämpfung der Bodenspekulation[10]. Beachtung verdient wiederum eine gründlich belegte Untersuchung L. Schürmanns in seiner Aufsatzreihe zu den Wirtschaftsartikeln der Bundesverfassung, die diesmal dem Art. 31 quinquies (Vollbeschäftigungsartikel) gilt[11].

Diese knappen Hinweise mögen genügen, um die Vielfalt wirtschaftsrechtlicher und -politischer Zeitfragen anzudeuten, die *Wirtschaft und Recht* fortlaufend zur Diskussion stellt.

Herbert Schönenberger

[1] «Wirtschaft und Recht», Zeitschrift für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrecht, herausgegeben von PD. Dr. L. Schürmann und Prof. Dr. E. Küng. [2] Heft 1/1960, S. 1 ff. [3] «Die Schweiz und das europäische Integrationsproblem», Heft 1/1960, S. 10 ff. [4] Heft 1/1960, S. 22 ff. [5] Heft 4/1959, S. 217 ff. [6] Heft 2/1960, S. 136 ff. [7] Heft 3/1960, S. 172 ff. [8] Heft 4/1960, S. 229 ff. [9] Heft 1/1960, S. 68 ff. [10] Heft 2/1960, S. 96 ff., und Heft 4/1960, S. 267 ff. [11] Heft 2/1960, S. 81 ff.